

Steuertrick: Meta entzieht dem europäischen Markt noch mehr Geld und wälzt Digitalsteuer auf Werbetreibende um BILD/ VIDEO

ID: LCG26041 | 15.03.2026 | Kunde: AGENDA 2050 | Ressort:
Wirtschaft Österreich | Medieninformation

AGENDA 2050 warnt vor neuer Standortgebühr: Globale Plattformen kontrollieren den gesamten Wertschöpfungsprozess. Werbetreibende müssen tiefer in die Tasche greifen und die Digitalsteuer indirekt selbst bezahlen, während der Zuckerberg-Konzern 83,3 Milliarden US-Dollar Gewinn im letzten Jahr verbuchte.

Bilder zur Meldung in der [Mediendatenbank](#) : © leisure communications/ Christian Jobst

Video zur Meldung auf [Youtube](#)

Wien (LCG) – Nationale Steuern scheinen ebenso wie rechtliche Standards der Europäischen Union ein Störfaktor zu sein, der Digitalgiganten zu immer kreativeren Lösungen kommen lässt. Trotz eines Jahresgewinns von 83,3 Milliarden US-Dollar (rund 71,9 Milliarden Euro) im Jahr 2025, bittet der Mutterkonzern von Facebook, Instagram und WhatsApp Werbetreibende ab 1. Juli 2026 noch mehr zur Kasse. Obwohl der Konzern die minimalen Digitalsteuern in einigen europäischen Ländern wie Österreich leicht selbst bezahlen könnte, werden sie künftig auf das Werbebudget aufgeschlagen. Dabei ist der Sitz des werbetreibenden Unternehmens irrelevant. Es zählt das Land, in dem die Werbung ausgespielt wird. Analog zu den Digitalsteuern betragen die Standortgebühren für Österreich und die Türkei künftig fünf Prozent, für Frankreich, Italien und Spanien drei Prozent und das Vereinigte Königreich zwei Prozent. Mit diesem fragwürdigen Schachzug lässt Meta Werbetreibende die Digitalsteuer bezahlen und entzieht dem österreichischen Markt noch mehr Werbegelder. Mit der Digitalsteuer wollte der Gesetzgeber die Big-Tech-Firmen in

die Pflicht nehmen, einen minimalen Beitrag zu leisten und dadurch einen Steuerungseffekt erzielen. Sie stechen durch minimale Wertschöpfung und Steuerleistung heraus, während heimischen Medienunternehmen und deren Vermarkter ihre Umsätze zur Gänze hierzulande versteuern.

Obwohl bereits jetzt schon 2,7 Milliarden Euro zu den globalen Plattformen fließen, steigert Meta seinen Österreich-Umsatz mit der neuen Regel um fünf Prozent und kalkuliert damit steuerneutral.

„Die Einführung der Standortgebühr zur Kompensation der Digitalsteuer durch die Werbetreibenden selbst lässt Schlimmes befürchten. Potenziell werden weitere fünf Prozent der Werbespendings dem österreichischen Medienmarkt entzogen. Bei Gesamt-Spendings bei Big Tech von 2,7 Milliarden Euro wären das bis zu 135 Millionen Euro jährlich, wenn auch andere Tech-Giganten diesem Beispiel folgen. Das ist etwa die Summe, mit der die Transformationsförderung in Österreich für fünf Jahre dotiert war! Die potenziellen Mehreinnahmen der globalen Plattformen entsprechen etwa 7,5 Prozent der gesamten Werbeeinnahmen österreichischer Medien und deren Vermarkter im Jahr 2025. Die Steuervermeidungspolitik von Meta ist eine unmittelbare Gefahr für den österreichischen Medienstandort“, warnt **Eugen Schmidt** (AboutMedia), Präsident der AGENDA 2050.

Druck in der Wirtschaftskrise verstärkt die Medienkrise

Die Standortgebühr von Meta mit seiner dominierenden Marktmacht hat direkte Folgen für den Medienstandort. In der bestehenden Wirtschaftskrise und der anhaltenden Unsicherheit durch die kriegerische Auseinandersetzung im Nahen Osten agieren Werbetreibende zurückhaltend. Mögliche Auswirkungen durch signifikant steigende Ölpreise auf die Gesamtwirtschaft sind noch nicht abzusehen. Werbebudgets werden in dieser volatilen

Situation mittelfristig nicht steigen. Es ist daher zu befürchten, dass es innerhalb bestehender Budgets zu einer weiteren Verschiebung zugunsten der Meta-Plattformen kommt. Damit einhergehend wird der nationale Medienmarkt weiter geschwächt, der mit substanziellen Herausforderungen zu kämpfen hat und damit ringt, qualitativ hochwertigen, vertrauenswürdigen und unabhängigen Journalismus zu finanzieren.

Akt gegen Steuergerechtigkeit

Meta konterkariert in gewohnter Manier europäisches beziehungsweise nationales Recht und nutzt die Mehreinnahmen durch die Steuervermeidung gleichzeitig dazu, das nationale Mediensystem zum eigenen Vorteil zu schwächen.

Die AGENDA 2050 appelliert an Werbetreibende, die Standortgebühr mit geringeren Werbeinvestitionen bei Meta-Plattformen zu beantworten und sich vom Tech-Konzern nicht zu noch höheren Ausgaben nötigen zu lassen. Die Einführung der Standortgebühr verhöhnt die Steuergerechtigkeit und ist ein klares Indiz für die Unterregulierung der Marktmacht globaler Tech-Firmen.

Über die AGENDA 2050

Die AGENDA 2050 ist die strategische Initiative zur Stärkung, Sicherung und Entwicklung des Medienstandorts von führenden österreichischen Medienunternehmen und deren Vermarktern. Die AGENDA 2050 zielt darauf ab, ein qualitativ hochwertiges, journalistisch verlässliches und pluralistisches Medienangebot als Säule der Demokratie zu sichern und gemeinsam mit Werbetreibenden, Interessenvertretungen und politischen Entscheidungsträgern einen souveränen und wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Medienmarkt zukunftsfähig zu gestalten. Zu den Gründungsmitgliedern der AGENDA 2050 zählen AboutMedia, Azerion, COPE Content Performance Group, Der Standard, Kronen Zeitung, ORF-Enterprise, ProSiebenSat.1 PULS 4, Purpur Media und RTL AdAlliance. Weitere Informationen auf agenda2050.at

+ + + BILDMATERIAL + + +

Das Bildmaterial steht zur honorarfreien Verwendung im Rahmen der redaktionellen Berichterstattung zur Verfügung. Hiermit wird ausdrücklich bestätigt, dass an den von uns zur Verfügung gestellten Bildern keinerlei Manipulationen vorgenommen wurden und es sich nicht um Bildmaterial handelt, das mittels eines Bildgenerators oder anderer Systeme unter Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) erzeugt oder modifiziert wurde. Weiteres Bild- und Informationsmaterial im Pressebereich auf leisure.at
(Schluss)